

Baselland hinkt bei Gleichstellung von LGBT-Personen hinterher

Vorstösse im Landrat fordern eine Anlaufstelle sowie Angebote fürs Älterwerden von nicht heterosexuellen Menschen.

Es ist eines der grossen gesellschaftspolitischen Themen. Die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Ein ebenso wichtiges damit einhergehendes Thema ist die Gleichstellung der Menschen der LGBTQIA+-Community. Diese besteht aus lesbischen, schwulen (engl. gay), bisexuellen, trans, queeren, inter(geschlechtlichen) sowie asexuellen und aromantischen Menschen. Da es noch viele weitere sexuelle Orientierungen gibt und obige Aufzählung nicht als abgeschlossen gesehen werden kann, wird ein Plus (+) verwendet, der Stern (*) bezieht sich auf Menschen, die sich zwischen oder ausserhalb der genannten Bezeichnungen sehen.

Das Problem im Kanton Baselland: Die Fachstelle für Gleichstellung ist laut dem entsprechenden Gesetz nur für die Gleichstellung von Mann und Frau zuständig. Will heissen: Die Anliegen der LGBT-Community sind gesetzlich nicht festgeschrieben. Das soll nun geändert werden. Die Reinacher CVP-

Landrätin Béatrix von Sury reichte am 20. April die Interpellation «Wie sieht die Beratung von LGBTQIA+ Personen in der Fachstelle Gleichstellung aus» ein. Die Beantwortung des Regierungsrats liegt vor und ist an der heutigen Landratssitzung traktandiert.

Die Gesetzesgrundlage ist nicht gegeben

Augenfällig bei der Beantwortung ist der Vergleich, der mit den anderen Kantonen gezogen wird. Hierbei wird klar ersichtlich, dass sich Baselland im Vergleich mit Zürich, Genf und auch Basel-Stadt im Hintertreffen befindet, was die Anlaufstellen für LGBT-Personen angeht. Von Sury begründet dies mit dem eher ländlichen Charakter des Baselbiets. «In den Städten ist eine viel grössere Diversität vorzufinden als auf dem Land.»

Auch Miriam Locher, Präsidentin der SP Baselland, stimmt ihr zu: «In der Stadt werden Anliegen in diesem Themenbereich offener gehandhabt. Im

«Eine Fachstelle würde Signalwirkung erzeugen.»



Béatrix von Sury
CVP-Landrätin, Reinach

Baselbiet läuft ein Postulat solcher Thematik schnell einmal Gefahr, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.» Seit dem 28. Januar ist ihr Vorstoss für eine eigene Fachstelle hängig.

«Doch steter Tropfen höhlt den Stein», findet Locher. Sie erhoffte sich nun durch die Interpellation von Surys eine Beschleunigung des Prozesses. Vor allem die letzte Frage werde eine Debatte im Landrat auslösen. Diese befasst sich mit den Ressourcen und Voraussetzungen, die benötigt werden, damit die Fachstelle den Auftrag ordentlich wahrnehmen könnte. In der Antwort erklärt der Regierungsrat, dass er im Rahmen der Frage auch die Motion von Locher prüfen möchte.

Denn was die momentane Sachlage angeht, fällt laut einem Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2019 die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung nicht in den Schutzbereich des Gleichstellungsgesetzes. Ausser einigen Entscheiden von Schlichtungsbehörden, welche die Anwendung des Gleichstellungsgesetzes im Fall von Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität bejahen, ist die Diskriminierung von LGBT-Personen nicht im Bundesgesetz

über die Gleichstellung von Mann und Frau verankert.

Keine neue Fachstelle, dafür besseres Fachwissen

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben auch deshalb 2016 die «LGBT+ Helpline» gegründet, an die sich Personen bei Gewalterfahrung wenden können. Im Schnitt ist innerhalb von zwei Jahren (2019 und 2020) mehr als ein Fall pro Woche gemeldet worden. Laut einer Statistik der deutschen Bundesregierung hat die Hasskriminalität von 2019 auf 2020 um 36 Prozent zugenommen. Hinzu kommt eine grosse Dunkelziffer. Auch wenn man die Schweiz und Deutschland nicht eins zu eins vergleichen könne, sieht von Sury Handlungsbedarf. «Eine solche Fachstelle im Baselbiet hätte eine Signalwirkung.» Man müsse sich als Kanton nur einen Ruck geben, denn sie habe nicht das Gefühl, dass sich die Regierung dagegen sperren würde.

Ein weiterer Vorstoss Lochers ist aber auf der heutigen Traktan-

denliste des Landrats. Mit «LGBTQIA+ im Alter» bittet Locher den Regierungsrat, Projekte zu prüfen, die das Älterwerden für betroffene Menschen vereinfachen sollte. Die SP-Präsidentin ist guter Dinge: «Der Regierungsrat ist bereit, diesen Vorstoss entgegenzunehmen.»

SVP-Landrat Peter Riebli sieht beim Thema nicht einen solch grossen Handlungsbedarf. Die Menschen mit diesen Anliegen sollten sich weiterhin und bei Bedarf auch vermehrt an die Fachstelle für Gleichstellung wenden, das habe bis jetzt funktioniert und werde auch weiterhin funktionieren «Wichtig ist aber, dass die Fachstelle das Fachwissen hat, um sich professionell mit diesen Fällen auseinandersetzen zu können.» Für Locher hingegen ist klar: «Es ist eine Thematik, die Menschen jeglichen politischen Spektrums betrifft. Das ist in der Realpolitik aber leider noch nicht ganz angekommen.»

Maximilian Karl Fankhauser